

Jonathan Hechler

Erfüllung und Reichweite zivilrechtlicher Offenlegungsansprüche

Eine Untersuchung der Regeln über den Zugang zu Beweismitteln
im europäischen und US-amerikanischen Recht



Nomos

Studien zum Zivilrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb, Universität Köln

Prof. Dr. Christian Berger, Universität Leipzig

Prof. Dr. Florian Faust, Bucerius Law School, Hamburg

Band 52

Jonathan Hechler

Erfüllung und Reichweite zivilrechtlicher Offenlegungsansprüche

Eine Untersuchung der Regeln über den Zugang zu Beweismitteln
im europäischen und US-amerikanischen Recht



Nomos

Diese Open-Access-Publikation wurde durch den Publikationsfonds der Universität Konstanz gefördert.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Konstanz, Univ., Diss., 2022

1. Auflage 2023

© Jonathan Hechler

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-1146-9

ISBN (ePDF): 978-3-7489-1707-6

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748917076>



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Meinen Eltern

Vorwort

Diese Arbeit wurde vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Konstanz im Wintersemester 2021/2022 als Dissertation angenommen. Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur sind auf den Stand von Dezember 2022 gebracht worden.

Zunächst danke ich herzlich meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. *Jochen Glöckner*, LL.M. (USA), der schon früh mein Interesse an wettbewerbsrechtlichen Fragen geweckt hat und es mir später im Rahmen seiner Tätigkeit als Richter im Nebenamt am Oberlandesgericht Karlsruhe ermöglichte, auch die prozessrechtlichen Besonderheiten dieses Themenbereichs zu beleuchten. In diesem Umfeld kam mir die Idee zu dieser Arbeit. Er stand mir bei Bedarf jederzeit mit gutem Rat zur Seite und ließ mir die Freiheit, die Arbeit meinen Vorstellungen entsprechend zu gestalten.

Weiterhin bedanke ich mich gerne bei Frau Prof. Dr. *Astrid Stadler*, der Zweitgutachterin dieser Arbeit, die ebenfalls stets als Ansprechpartnerin bereitstand. Sodann möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass mir *Fred A. Fenster*, der an der *University of Southern California Gould School of Law* als *Adjunct Professor* den von mir belegten Kurs *Pre-Trial Advocacy* unterrichtete, in diesem Rahmen wertvolle und praxisnahe Einblicke in das Geschehen im Vorfeld der Hauptverhandlung eines US-amerikanischen Zivilprozesses gewährte. Ebenso bedanke ich mich – in alphabetischer Reihenfolge – bei den Herausgebern der „Studien zum Zivilrecht“ Frau Prof. Dr. Dr. h.c. *Barbara Dauner-Lieb*, Herrn Prof. Dr. *Christian Berger* und Herrn Prof. Dr. *Florian Faust* für die Aufnahme dieser Arbeit in diese Schriftenreihe.

Außerdem standen mir fachlich herausfordernd und über viele Jahre freundschaftlich verbunden *Christoph Gramlich* und Dr. *Maximilian Kiemle*, LL.M. (Leuven) auch bei der Erstellung dieser Arbeit zur Seite, wofür ich mich ebenfalls gerne bedanke. *Last but certainly not least* gilt ganz besonderer Dank meinen Eltern, die mich über viele Jahre in meiner Ausbildung unterstützt haben und ohne die mein Werdegang in dieser Form sicher nicht möglich gewesen wäre. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	13
Hinführung	37
A. Themenüberblick	37
B. Gang der Darstellung	49
Erster Teil – Information und Offenlegung	53
Kapitel 1 – Zugang zu aufbereiteten Informationen	54
A. Grundlagen zu den Informationsansprüchen	54
B. Erfüllung von Auskunfts- und Rechnungslegungsansprüchen	58
C. Zwischenergebnis	98
Kapitel 2 – Zugang zu Beweismitteln im deutschen Recht	101
A. Beweismittel	101
B. Offenlegungsansprüche im deutschen Zivilrecht	107
C. Geltendmachung der materiell-rechtlichen Offenlegungsansprüche	173
D. Offenlegung mit Mitteln der Zivilprozessordnung	180
E. Zwischenergebnis	182

Zusammenfassung des ersten Teils	185
Zweiter Teil – Zugang zu Beweismitteln in fremden Rechtsordnungen	187
Kapitel 3 – Die Offenlegung von Beweismitteln im US-amerikanischen Zivilprozess	188
A. <i>Pre-trial discovery</i> im US-amerikanischen Zivilprozess	188
B. Umfang und Methoden der <i>pre-trial discovery</i>	200
C. Die Grenzen der <i>pre-trial discovery</i>	240
D. Probleme und Lösungsansätze	252
E. Verfahrensfragen	256
F. Zwischenergebnis	262
Kapitel 4 – Herausgabe von Beweismitteln im Recht europäischer Staaten und im Europarecht	265
A. Ursprung der Offenlegungspflichten im europäischen Recht	265
B. Europarechtliche Grundlagen nationaler Offenlegungspflichten	306
C. Zwischenergebnis	334
Zusammenfassung des zweiten Teils	335
Dritter Teil – Umfang und Grenzen von Offenlegungspflichten	337
Kapitel 5 – Umfang der Offenlegungspflicht	339
A. Gegenstand des Offenlegungsanspruchs	339
B. Offenlegungshandlung	360
C. Versicherung der Vollständigkeit	364
D. Schlechterfüllung	365
E. Bestimmtheit des Offenlegungsantrags	374
F. Zusammenfassung	377

Kapitel 6 – Unverhältnismäßigkeit als Schranke der Offenlegungspflicht	379
A. Grundsätzliche Überlegungen	379
B. Unverhältnismäßigkeit als Schranke der Leistungspflicht im allgemeinen Schuldrecht	380
C. Übergeordnete Interessen der Allgemeinheit	407
D. Antragstellung und Verschwiegenheitsverpflichtung des Gläubigers	409
E. Beweislast und Auswirkungen im Prozess	411
F. Zusammenfassung	412
Zusammenfassung des dritten Teils	415
Abschließende Thesen	417
Literaturverzeichnis	421
Sachregister	451

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	27
Hinführung	37
A. Themenüberblick	37
I. Beibringungsgrundsatz und Beweisprobleme	37
II. Informationsansprüche und Informationspflichten im deutschen Zivilrecht	41
III. Informations- und Offenlegungsansprüche in dieser Arbeit	44
1. Informationsansprüche und Informationspflichten	44
2. Offenlegungsansprüche und Offenlegungspflichten	44
IV. Aufklärungsansprüche und Aufklärungspflichten	46
V. Problemaufriss	46
B. Gang der Darstellung	49
Erster Teil – Information und Offenlegung	53
Kapitel 1 – Zugang zu aufbereiteten Informationen	54
A. Grundlagen zu den Informationsansprüchen	54
I. Gesetzlich geregelte Informationsansprüche	54
II. Allgemeiner Auskunftsanspruch und allgemeine Aufklärungspflicht	55
B. Erfüllung von Auskunfts- und Rechnungslegungsansprüchen	58
I. Erfüllung	59
1. Auskunftserteilung	60
2. Rechnungslegung	65
a) Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben	65
b) Belegvorlage	66
3. Versicherung an Eides statt	68
II. Erfüllung durch „formell ordnungsgemäße“ Informationsverschaffung	69

III. Erfüllung durch „inhaltlich richtige“ Informationsverschaffung	73
1. Gegenwärtige Anforderungen an den Inhalt der Informationsverschaffung	74
a) Nicht ernst gemeinte oder von vornherein unwirksame Informationsverschaffung	74
b) Ermöglichung der ungefähren Bestimmung des Umfangs des Hauptanspruchs	75
2. Erfüllung durch vollständige und inhaltlich richtige Informationsverschaffung	75
a) Wortlaut der Vorschriften über Auskunft und Rechnungslegung	76
aa) Auskunft	77
bb) Rechnungslegung	77
b) Gesetzgebungsmaterialien	78
c) Zusammenspiel mit anderen Vorschriften	80
aa) Versicherung an Eides statt	80
bb) Die Auskunftspflicht des Erben gegenüber dem Pflichtteilsberechtigten	82
cc) Inhalt der prozessualen Aufklärungspflicht	84
d) Sinn und Zweck der Vorschriften über die Informationsverschaffung	86
aa) Ermöglichung der Wahrnehmung von Interessen	87
bb) Bestimmung von Bestehen und Umfang anderer Ansprüche	89
cc) Bestimmung des Inhalts eines Anspruchs oder einer Einwendung	92
dd) Ermöglichung des uneingeschränkten Genusses eines Rechts	93
ee) „Informationsansprüche aus besonderem sozialem Kontakt“	94
ff) Schlussfolgerungen für die Erfüllung der Informationsansprüche	95
C. Zwischenergebnis	98

Kapitel 2 – Zugang zu Beweismitteln im deutschen Recht	101
A. Beweismittel	101
I. Augenschein	101
II. Sachverständige	102
III. Zeugen	103
IV. Urkunden	105
V. Parteivernehmung	106
VI. Amtliche Auskünfte	106
B. Offenlegungsansprüche im deutschen Zivilrecht	107
I. Besichtigungs- und Vorlageansprüche im Bürgerlichen Recht	109
1. Vorlage oder Besichtigung einer Sache gemäß § 809 BGB	109
a) Voraussetzungen	109
b) Rechtsfolge: Vorlegung oder Besichtigung der Sache	110
aa) Gegenstand des Anspruchs	110
bb) Vorlegung	111
cc) Besichtigung	112
c) Einschränkungen	113
aa) Substanzeingriffe	113
bb) Schutz von Geschäftsgeheimnissen	114
cc) Allgemeines Persönlichkeitsrecht	115
2. Einsicht in Urkunden gemäß § 810 BGB	115
3. Erfüllungsort	117
4. Gefahrtragung und Kosten	118
II. Immaterialgüterrechtliche Offenlegungsansprüche	118
1. Allgemeine Voraussetzungen der immaterialgüterrechtlichen Vorlage- und Besichtigungsansprüche	120
a) Anspruchsberechtigter (Aktivlegitimation)	121
b) Anspruchsgegner (Passivlegitimation)	121
c) Hinreichende Wahrscheinlichkeit einer Schutzrechtsverletzung	122
d) Erforderlichkeit	124
e) Bezeichnung des Beweismittels	125

2.	Inhalt und Umfang der zu erteilenden Informationen	126
a)	Allgemeiner Inhalt der immaterialgüterrechtlichen Offenlegungsansprüche	127
b)	Beispiele aus dem Patentrecht	129
aa)	Urkundenvorlage	131
bb)	Besichtigung von Sachen	131
c)	Beispiele aus dem Urheberrecht	133
aa)	Urkundenvorlage	134
bb)	Besichtigung von Sachen	134
d)	Bedeutung im Markenrecht	135
3.	Schutz von vertraulichen Informationen	135
4.	Ausschluss bei Unverhältnismäßigkeit	137
5.	Erfüllungsort, Gefahrtragung und Kosten	139
III.	Herausgabe von Beweismitteln nach § 33g GWB	140
1.	Voraussetzungen und Anwendungsfälle	143
a)	Gläubiger des Anspruchs	143
aa)	Kartellgeschädigter (§ 33g Abs. 1 GWB)	143
bb)	Gegner des Schadensersatzanspruchs (§ 33g Abs. 2 GWB)	144
b)	Schuldner des Offenlegungsanspruchs (Anspruchsgegner)	145
c)	Erforderlichkeit	145
d)	Glaubhaftmachung des Schadensersatzanspruchs als weitere Schranke der Offenlegung	147
e)	Genauere Bezeichnung des Beweismittels	149
2.	Ausschluss der Herausgabepflicht	150
a)	Einwendung der Unverhältnismäßigkeit	151
aa)	Grad der Glaubhaftmachung (§ 33g Abs. 3 S. 2 Nr. 1 GWB)	151
bb)	Aufwand und Kosten (§ 33g Abs. 3 S. 2 Nr. 2 GWB)	153
cc)	Keine Ausforschung (§ 33g Abs. 3 S. 2 Nr. 3 GWB)	153
dd)	Bindungswirkung (§ 33g Abs. 3 S. 2 Nr. 4 GWB)	154
ee)	Öffentliche Durchsetzung des Kartellrechts (§ 33g Abs. 3 S. 2 Nr. 5 GWB)	154

ff)	Schutz von vertraulichen Informationen (§ 33g Abs. 3 S. 2 Nr. 6 GWB)	155
aaa)	Redaktionelle Überarbeitung der vertraulichen Informationen	156
bbb)	Bestellung eines zur Verschwiegenheit verpflichteten Sachverständigen	157
ccc)	Einrichtung von Vertraulichkeitskreisen	157
ddd)	Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit	158
b)	Kronzeugenerklärungen und Vergleichsausführungen (§ 33g Abs. 4 GWB)	158
c)	Kartellverfahrensrechtliche Dokumente (§ 33g Abs. 5 GWB)	159
d)	Verweigerungsrechte (§ 33g Abs. 6 GWB)	160
3.	Inhalt und Umfang des Anspruchs aus § 33g Abs. 1, Abs. 2 GWB	161
a)	Herausgabe	162
b)	Beweismittel	163
aa)	Urkunden	164
bb)	Augenscheinsobjekte, insbesondere elektronisch gespeicherte Daten	164
cc)	Andere Beweismittel	165
c)	Verhältnis zum Auskunftsanspruch gemäß § 33 Abs. 10, Abs. 1, Abs. 2 GWB	167
4.	Sanktionen bei Schlechterfüllung	167
a)	Schadensersatz	168
b)	Grundsätze der Beweisvereitelung	168
c)	Strafrechtliche Sanktionen	169
5.	Kosten	170
IV.	Verwandte Ansprüche/Sonstige Rechtsgebiete	171
C.	Geltendmachung der materiell-rechtlichen Offenlegungsansprüche	173
I.	Stufenklage	173
II.	Einstweilige Verfügung	173
III.	Düsseldorfer Verfahren	174
1.	Selbstständiges Beweisverfahren	175
2.	Einstweilige Verfügung	176

3. Verfahren nach Beweissicherung	177
IV. Verfahren gemäß § 89b GWB	178
V. Zwangsvollstreckung	178
D. Offenlegung mit Mitteln der Zivilprozessordnung	180
E. Zwischenergebnis	182
Zusammenfassung des ersten Teils	185
Zweiter Teil – Zugang zu Beweismitteln in fremden Rechtsordnungen	187
Kapitel 3 – Die Offenlegung von Beweismitteln im US- amerikanischen Zivilprozess	188
A. <i>Pre-trial discovery</i> im US-amerikanischen Zivilprozess	188
I. Sinn und Zweck der <i>pre-trial discovery</i>	189
II. Entwicklung der Vorschriften über die <i>pre-trial discovery</i>	191
III. <i>Pre-trial discovery</i> in verschiedenen Verfahrensstadien	193
1. <i>Informal discovery</i>	194
2. <i>Pre-trial discovery</i> vor Klageerhebung	195
3. <i>Required disclosures</i> nach Klageerhebung	196
a) <i>Initial disclosure</i>	197
b) <i>Disclosure of expert testimony</i>	198
c) <i>Pretrial disclosure</i>	199
4. Pflicht zur Korrektur unvollständiger oder unzutreffender Informationen	199
5. Über die <i>required disclosures</i> hinausgehende <i>pre-trial discovery</i>	200
B. Umfang und Methoden der <i>pre-trial discovery</i>	200
I. Der Umfang der <i>pre-trial discovery</i> im Wandel der Zeit	201
II. Der Umfang der <i>pre-trial discovery</i> nach geltendem Recht	202
III. Methoden der <i>pre-trial discovery</i>	204
1. Anhörung von Parteien, Zeugen und Sachverständigen (<i>depositions</i>)	205
a) Beteiligte	208
b) Modalitäten der Vernehmung	209

c)	Gegenstand der depositions	210
d)	Ablauf einer deposition	212
aa)	Vorbereitung einer <i>deposition</i>	212
bb)	Zeugenverhör	213
e)	Verwertung im Prozess	214
2.	Schriftliche Fragen (<i>interrogatories</i>)	215
a)	Modalitäten der <i>interrogatories</i>	217
b)	Gegenstand der <i>interrogatories</i>	218
c)	Antworten auf <i>interrogatories</i>	220
3.	Vorlage von Dokumenten und Augenscheinsobjekten (<i>requests for production or inspection</i>)	223
a)	Possession, custody oder control als Voraussetzung der Vorlageverpflichtung	224
b)	Der Zugriff auf Beweismittel in Arbeitsverhältnissen	225
aa)	Allgemeines	225
bb)	<i>Bring your own device</i>	227
aaa)	Allgemeine Ausführungen und Interessenkonflikt	227
bbb)	<i>Pradaxa, Cotton</i> und <i>Ewald</i>	228
c)	Zeitpunkt und Formalitäten der Anfrage	230
d)	Reaktion auf die Anfrage	230
e)	Dokumentenvorlage	231
f)	Elektronisch gespeicherte Daten	232
aa)	Bedeutung	232
bb)	Art und Weise der Vorlage elektronischer Daten	234
g)	Augenscheinsobjekte und Zugang zu Grundstücken	236
4.	Körperliche oder geistige Untersuchung (<i>physical and mental examination</i>)	236
a)	Beteiligte	237
b)	Art und Weise der Untersuchung	238
5.	Antrag auf Ablegung eines Geständnisses (<i>requests for admission</i>)	239
C.	Die Grenzen der <i>pre-trial discovery</i>	240
I.	Bedeutung für den Rechtsstreit	242
1.	Grundsätzliches	242

2. Einzelheiten	244
II. Verhältnismäßigkeit	245
III. Besonders geschützte Informationen	246
1. Geschäftsgeheimnisse	246
2. <i>Attorney-client privilege</i> und <i>work-product doctrine</i>	248
3. Verfassungsrechtliche Schranken der <i>pre-trial discovery</i>	250
IV. Besondere Vorgaben im Bereich der <i>e-discovery</i>	251
V. Einspruch gegen die Beweismittelerhebung	252
D. Probleme und Lösungsansätze	252
I. Ausufernde Beweisbeschaffung	253
II. Überflutung des Gegners mit unerwünschtem Beweismaterial	254
III. Verwertung des <i>discovery</i> -Materials	254
IV. <i>Kosten</i>	255
E. Verfahrensfragen	256
I. Schutzanordnungen (<i>protective orders</i>)	256
II. Rechtsschutz gegen <i>discovery orders</i>	259
III. Durchsetzung der <i>pre-trial discovery</i>	259
1. Zwangsanordnung (<i>order to compel</i>)	259
2. Zwangsmaßnahmen (<i>sanctions</i>)	261
F. Zwischenergebnis	262
 Kapitel 4 – Herausgabe von Beweismitteln im Recht europäischer Staaten und im Europarecht	 265
A. Ursprung der Offenlegungspflichten im europäischen Recht	265
I. England und Wales	266
1. Dokumentenoffenlegung und Dokumenteneinsicht	268
a) Voraussetzungen der disclosure	269
b) Umfang und Pflichten im Rahmen der disclosure	271
aa) Gegenstand der <i>disclosure</i>	271
bb) Umfang der <i>disclosure</i>	274
aaa) Offenlegung und <i>disclosure statement</i>	275
bbb) Gewährung von Dokumenteneinsicht	276
ccc) Informationssicherung	278
ddd) Suche nach Dokumenten	278
eee) Keine verfahrensfremde Verwertung	279

c) Verfahren	280
d) Disclosure durch Dritte	281
e) Einsichtnahmeverweigerungsrecht	282
aa) Allgemeines Einsichtnahmeverweigerungsrecht	282
bb) Einsichtsverweigerung im öffentlichen Interesse	283
cc) Keine Verpflichtung zur Selbstbezeichnung einer Straftat	284
dd) Besonderes Vertrauensverhältnis zwischen Rechtsanwalt und Mandant	285
ee) Vorprozessuale Verhandlungen und Gespräche unter Beteiligung eines Vermittlers	287
f) Verzicht auf das Verweigerungsrecht	287
g) Folgen der fehlerhaften Offenlegung	288
h) Durchsetzung der disclosure	289
i) Kosten	290
2. Offenlegung von Informationen	291
a) Vorprozessuale Zeugenvernehmung (<i>depositions</i>)	291
b) Fragebögen (<i>information requests</i>)	292
3. Zugang zu gegenständlichen Beweismitteln	293
a) Untersuchung von Gegenständen (<i>inspection</i>)	293
aa) Untersuchung	294
bb) Insbesondere: Durchsuchungsanordnungen (<i>Search Orders</i> oder <i>Anton Piller Orders</i>)	294
b) Körperliche und geistige Untersuchung	298
4. Zusammenfassung	298
II. Frankreich	298
1. Antrag auf Durchführung der <i>saisie-contrefaçon</i>	299
2. Anordnung der <i>saisie-contrefaçon</i>	300
3. Durchführung der <i>saisie-contrefaçon</i>	301
a) Besichtigung und Beschreibung (<i>saisie descriptive</i>)	302
b) Beschlagnahme (<i>saisie réelle</i>)	304
4. Geheimnisschutz	304
5. Rechtsschutz gegen die <i>saisie-contrefaçon</i> und Verwertung der gefundenen Beweismittel	305

6. Zusammenfassung	306
B. Europarechtliche Grundlagen nationaler Offenlegungspflichten	306
I. Durchsetzungsrichtlinie	306
1. Zweck der Durchsetzungsrichtlinie	307
2. Vorgaben der Durchsetzungsrichtlinie betreffend den Zugang zu Beweismitteln	308
a) <i>Effet Utile</i>	309
b) Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs	309
aa) Die Entscheidung <i>Constantin Film ./.</i> <i>Youtube</i>	310
bb) Schlussfolgerungen für die Reichweite der Offenlegungspflicht	312
c) Leitfaden der Europäischen Kommission	313
3. Schutz vertraulicher Informationen	314
a) Interessenabwägung am Beispiel einer behaupteten Urheberrechtsverletzung	314
aa) Sachverhalt und Vorgeschichte	314
bb) Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs	316
b) Schlussfolgerungen für den Interessenausgleich im Allgemeinen	317
4. Zusammenfassung	319
II. Kartellschadensersatzrichtlinie	319
1. Zweck der Kartellschadensersatzrichtlinie	320
2. Vorgaben der Kartellschadensersatzrichtlinie	321
a) Offenlegungsgegenstand	322
aa) Beweismittel	322
bb) Relevanz	323
cc) Verfügungsgewalt	323
b) Bezeichnung des Offenlegungsgegenstandes	324
c) Verhältnismäßigkeit	326
aa) Ausreichende Tatsachengrundlage für das Offenlegungsverlangen (Art 5 Abs. 3 lit. a) SERL)	327
bb) Umfang und Aufwand (Art. 5 Abs. 3 lit. b) SERL)	327

cc) Schutz vertraulicher Informationen (Art. 5 Abs. 3 lit. c) SERL)	329
dd) Weitere Kriterien	331
3. Weitere Verwendung der erlangten Informationen	331
4. Sanktionen	332
5. Zusammenfassung	332
III. Datenschutzgrundverordnung	333
C. Zwischenergebnis	334
Zusammenfassung des zweiten Teils	335
Dritter Teil – Umfang und Grenzen von Offenlegungspflichten	337
Kapitel 5 – Umfang der Offenlegungspflicht	339
A. Gegenstand des Offenlegungsanspruchs	339
I. Begriff des Beweismittels	340
1. Keine <i>deposition</i> im deutschen Zivilprozess	341
2. Elektronische Dokumente als Gegenstand der Beweismittelvorlage	344
3. Schlussfolgerungen für den Begriff des Beweismittels	347
II. Erforderlichkeit der Offenlegung	348
III. Verfügungsgewalt des Schuldners	349
1. Bestimmungsrecht des Offenlegungsschuldners	350
a) Verfügungsgewalt in Konzernstrukturen	352
b) Natürliche Personen als Besitzmittler	354
c) Zugriff auf Beweismittel in Arbeitsverhältnissen	356
2. Maßgeblichkeit des Besitzmittlungsverhältnisses	359
B. Offenlegungshandlung	360
C. Versicherung der Vollständigkeit	364
D. Schlechterfüllung	365
I. Erfüllung und Nacherfüllung	365
1. Parallele zur Erfüllung von Auskunftsansprüchen	366
2. Falschlieferung und Schlechtlieferung	366
II. Schadensersatz	368
1. Schadensersatz bei unzureichender Offenlegung (§ 281 BGB)	369

2. Schadensersatz bei Verschulden der Unmöglichkeit (§ 283 BGB)	369
3. Weitere Anspruchsgrundlagen	370
4. Sorgfaltsmaßstab	371
5. Inhalt des Schadensersatzanspruchs	373
E. Bestimmtheit des Offenlegungsantrags	374
F. Zusammenfassung	377
 Kapitel 6 – Unverhältnismäßigkeit als Schranke der Offenlegungspflicht	 379
A. Grundsätzliche Überlegungen	379
B. Unverhältnismäßigkeit als Schranke der Leistungspflicht im allgemeinen Schuldrecht	380
I. Ausschluss der Leistungspflicht gemäß § 275 BGB	381
1. Unmöglichkeit der Offenlegung gemäß § 275 Abs. 1 BGB	383
a) Tatsächliche Unmöglichkeit	384
b) Rechtliche Unmöglichkeit	385
aa) Verschwiegenheitsverpflichtungen	386
bb) Der Schutz von Geschäftsgeheimnissen nach dem Geschäftsgeheimnisgesetz	388
cc) Datenschutzrecht	389
2. Wirtschaftliche Unzumutbarkeit der Offenlegung gemäß § 275 Abs. 2 BGB	390
a) Aufwand der Offenlegung	390
b) Geheimnisschutz	394
aa) Geheimhaltungsinteressen des Offenlegungsschuldners in der Güterabwägung	395
bb) Geschäftsgeheimnisschutz mit prozessualen Mitteln	397
3. Persönliche Unzumutbarkeit der Offenlegung gemäß § 275 Abs. 3 BGB	398
a) Rechte Dritter und Pflichtenkollision	399
b) Allgemeines Persönlichkeitsrecht des Schuldners	400
c) Schweigerechte	401
II. Schikaneverbot	403

III. Die Gebote von Treu und Glauben	404
1. Rechtsmissbrauch	404
a) Ausforschung	405
b) Prozessfremde Verwertungszwecke	406
2. Widersprüchliches Verhalten	407
C. Übergeordnete Interessen der Allgemeinheit	407
D. Antragstellung und Verschwiegenheitsverpflichtung des Gläubigers	409
I. Schutz vertraulicher Informationen auf gesetzlicher Grundlage	409
II. Schutz vertraulicher Informationen durch Vereinbarung	410
E. Beweislast und Auswirkungen im Prozess	411
F. Zusammenfassung	412
Zusammenfassung des dritten Teils	415
Abschließende Thesen	417
Literaturverzeichnis	421
Sachregister	451

Abkürzungsverzeichnis

a. a. O.	am angegebenen Ort
a. A.	andere Ansicht
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
a. Rh.	am Rhein
A.2d	Atlantic Reporter, 2nd Series
ABA	American Bar Association
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AC	Law Reports, Appeal Cases (Third Series)
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Amtsgericht
Alab.	Alabama
Alt.	Alternative
AmJur Trials	American Jurisprudence – Trials
Ann. propr. ind.	Annales de la propriété industrielle
Annals Am. Ac. Pol. & Soc. Sci	Annals of the American Academy of Political and Social Science
AnwBl	Anwaltsblatt
App.	Appendix
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
ausf.	ausführlich
B.C.	Boston College
B.U.	Boston University
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts

Abkürzungsverzeichnis

BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
BeckOK	Beck Online-Kommentar
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BPatG	Bundespatentgericht
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BT	Besonderer Teil
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzgl.	bezüglich
C.D.	Central District
CA	Court of Appeals <i>oder</i> Cour d'Appel
Cal, App. 3d	California Appellate Reports, 3rd Series
Cal.	California
Cass. com.	Cour de cassation, chambre commerciale
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
Ch	Law Reports, Chancery Division (Third Series)
Cir.	United States court of appeals
CJS	Corpus Juris Secundum
Clev.	Cleveland
Conf. J.	Conference Journal
Conn.	Connecticut
CPR	Civil Procedure Rules
CR	Computer und Recht
D.	District Court
D.C.	District of Columbia
Del.	Delaware

Del. Super. Ct.	Superior Court of Delaware
DesignG	Designgesetz; Gesetz über den rechtlichen Schutz von Design
DiscovDep	Discovery and Depositions
DJT	Deutscher Juristentag
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DNS	Desoxyribonukleinsäure
DSLRL	Durchsetzungsrichtlinie; Richtlinie 2004/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums
DStR	Deutsches Steuerrecht
e. A.	eine Ansicht
E.D.	Eastern District
ebd.	ebenda
Ed./ed.	Edition
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EGr.	Erwägungsgrund
Einl.	Einleitung
EIPR	European Intellectual Property Review
ErbR	Zeitschrift für die gesamte erbrechtliche Praxis
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
F. Supp.	Federal Supplement
F. Supp. 2d	Federal Supplement, 2nd Series
F. Supp. 3d	Federal Supplement, 3rd Series
f.	die folgende
F.2d	Federal Reporter, 2nd Series
F.3d	Federal Reporter, 3rd Series
F.R.D.	Federal Rules Decisions
Fam	Law Reports, Family Division
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
Fed. R. Serv. 2d	Federal Rules Service, 2 nd Series

Abkürzungsverzeichnis

FedCivProc	Federal Civil Procedure
ff.	die folgenden
Fla.	Florida
fn.	<i>footnote</i>
Fn.	Fußnote
FRCP	Federal Rules of Civil Procedure
FRE	Federal Rules of Evidence
FS	Festschrift
FSR	Fleet Street Reports: Cases in Intellectual Property Law
FuR	Zeitschrift für Familie und Recht
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht
Ga.	Georgia
GebrMG	Gebrauchsmustergesetz
Geo.	Georgetown
GeschGehG	Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen
GG	Grundgesetz
GmbHG	GmbH-Gesetz; Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht
GS	Gedenkschrift
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
h. M.	herrschende Meinung
HalblSchG	Halbleiterschutzgesetz; Gesetz über den Schutz der Topographien von mikroelektrischen Halbleitererzeugnissen
Harv.	Harvard
Harv. C.R.-C.L.	Harvard Civil Rights-Civil Liberties Law
L. Rev.	Review
HGB	Handelsgesetzbuch
HL	House of Lords

i. E.	im Ergebnis
i. R. d.	im Rahmen dieser
i. S. d.	im Sinne des
i. V. m.	in Verbindung mit
IFG	Informationsfreiheitsgesetz; Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes
Ill.	Illinois
Ins.	Insurance
InsO	Insolvenzordnung
InstGE	Entscheidungen der Instanzgerichte
IPrax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IT	Informationstechnologie
JA	Juristische Arbeitsblätter
jM	juris – Die Monatszeitschrift
JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
K&R	Kommunikation & Recht
Kap.	Kapitel
KB	Law Reports, King's Bench Division
KSzW	Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht
KWG	Kreditwesengesetz; Gesetz über das Kreditwesen
L. Ed. 2d	United States Supreme Court Reports, Lawyers' Edition, 2nd Series
L. Rev.	Law Review
L.J.	Law Journal
La.	Louisiana
Law Practice	Law Practice Magazine
LG	Landgericht
m. w.	mit weiteren
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
M.D.	Middle District

Abkürzungsverzeichnis

MarkenG	Markengesetz; Gesetz über den Schutz von Marken und sonstigen Kennzeichen
MarkenR	Markenrecht
Md.	Maryland
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Merc.	Mercer
Mich.	Michigan
Minn.	Minnesota
Mitt.	Mitteilungen der deutschen Patentanwälte
MMR	Multimedia und Recht
Mo.	Missouri
Mot.	Motive
n. F.	neue Fassung
N.C.	North Carolina
N.D.	Northern District
N.E.2d	North Eastern Reporter, 2nd Series
N.J.	New Jersey
N.M.	New Mexico
N.Y.	New York
Neb.	Nebraska
Nev.	Nevada
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
no.	<i>number</i>
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
o.	oben
o. V.	ohne Verfasser
OGE	Obergerichtsentscheide

Oh.	Ohio
OLG	Oberlandesgericht
p.	page
P.2d	Pacific Reporter, 2nd Series
P.R.	Puerto Rico
Pa.	Pennsylvania
para	<i>paragraph</i>
PatG	Patentgesetz
PatR	Patentrecht
PD	Practice Direction
PIBD	Propriété Industrielle – Bulletin Documentaire
PIQR	Personal Injuries and Quantum Reports
preuß. A. L. R.	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten
Prot.	Protokolle
QB	Law Reports, Queen's Bench Division
QC	Queen's Counsel
R.I.	Rhode Island
R.P.C.	Reports of Patent, Design and Trademark Cases
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rev. Litig.	The Review of Litigation
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
RPC	Reports of Patent Cases
RR	Rechtsprechungsreport
S. Ct.	Supreme Court Reporter
S.	Satz <i>oder</i> Seite
s.	siehe
S.D.	Southern District
SchuldR	Schuldrecht
SERL	Schadensersatzrichtlinie; Richtlinie 2014/104/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.11.2014 über bestimmte Vorschriften für Schadensersatzklagen nach nationalem Recht wegen Zu-

	widerhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union
SMS	Short Message/Messaging Service
sogl.	Sogleich
St.	State
Stan.	Stanford
StGB	Strafgesetzbuch
Temp.	Temple
Tenn.	Tennessee
Tex.	Texas
TGI	Tribunal de Grande Instance
TJ	Tribunal Judicaire
TRIPS	TRIPS-Abkommen; Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums
u.	unten
u. a.	unter anderem
U. Pa.	University of Pennsylvania
u. U.	unter Umständen
U.S.	United States Reporter
U.S.F.	University of San Francisco
UGP-RL	Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken; Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmern und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates
UrhG	Urheberrechtsgesetz; Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte
UrhR	Urheberrecht
Urt.	Urteil
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	vom
Vand.	Vanderbilt
VersR	Versicherungsrecht

vgl.	vergleiche
VO (EU)	Verordnung der Europäischen Union
VPP-Rundbrief	Rundbriefe der Vereinigung von Fachleuten des Gewerblichen Rechtsschutzes
W. Va.	West Virginia
W.D.	Western District
Wash. & Lee	Washington and Lee
Wis.	Wisconsin
WL	Westlaw
WLR	Weekly Law Reports
WM	Wertpapiermitteilungen – Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
z. B.	zum Beispiel
ZBlJugR	Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt
ZErB	Zeitschrift für die Steuer- und Erbrechtspraxis
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZLR	Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZVertriebsR	Zeitschrift für Vertriebsrecht
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZZP Int	Zeitschrift für Zivilprozess International

